

Fehlen nur die Fachkräfte? Was der demografische Wandel für die Region Südwestfalen bedeutet

Wachsen und Schrumpfen: Was Wirtschaft und Demografie gemeinsam haben

Eine einflussreiche sozialwissenschaftliche Studie aus den 1980er Jahren verkündete im Titel: »*Der kurze Traum immerwährender Prosperität*«. In diesem Buch vertritt der Industriesoziologe Burkart Lutz (1984) die These, dass das westliche Wirtschaftsmodell auf einem Mythos aufgebaut sei, nämlich anhaltendem Wachstum. Doch nur die 1950er und 1960er Jahre seien ungebrochene Wachstumspfade gewesen. Spätestens seit der Ölkrise zu Beginn der 1970er Jahre könne man diese Grundannahme nicht mehr halten, und auch zuvor gab es keine Wachstums-Geschichte. Allerdings würde die Politik nach wie vor so tun, als werfe die Wirtschaft kontinuierlich mehr Arbeitsplätze, mehr Steuern und mehr Volkseinkommen ab.

Lutz lag weniger daran, die aufkommende Diskussion über die »Grenzen des Wachstums« anzufeuern, die der *Club of Rome* in Gang gebracht hatte. Er suggerierte nicht, dass Wachstum an sich schlecht sei. Er analysierte nur nüchtern die Konsequenzen für Wirtschaft und Politik, wenn sich alle an Wachstum ausrichten. Lutz wies darauf hin, dass die institutionelle Logik der westlichen Marktwirtschaft auf dem brüchigen Versprechen beruhe, immer genügend verteilen zu können, weil genügend produziert werde. Davon lebten alle gut: die Politik, der Wohlfahrtsstaat, Arbeitgeber und Gewerkschaften und letztlich die Bürgerinnen und Bürger. Es gebe aber kein Konzept, um mit Schrumpfungprozessen umzugehen.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der allseits geführten Debatte über den demografischen Wandel. Wachstum bedeutete gerade in Deutschland lange Zeit auch Bevölkerungswachstum. Die Wiedervereinigung hob die Zahl der in Deutschland lebenden Menschen auf über 80 Millionen an. Doch seither hat sich einiges verändert: Die Geburtenraten sinken, die Alterung der Gesellschaft ist ein Dauerthema.

Rhetorisch ist der demografische Wandel meist negativ besetzt, zumindest in Deutschland. Darauf hat vor allem Franz-Xaver Kaufmann (2005) aufmerksam gemacht. Die steigende Lebenserwartung, durchschnittlich bessere Gesundheit im Alter und eine längere aktive Phase nach der Erwerbsarbeit sind eigentlich großartige Chancen. Doch der demografische Wandel wird eher als Defizit unter dem Oberbegriff »Überalterung« diskutiert. Einige Wissenschaftler wie Meinhard Miegel (2002) sehen einen direkten Zusammenhang zwischen Alterung und abnehmender Wirtschaftskraft. Das heißt allerdings nicht, dass im Umkehrschluss jüngere Gesellschaften automatisch höhere Wachstumspotenziale hätten. Das zeigt bereits ein Blick auf die »jungen«, aber wirtschaftlich wenig produktiven arabischen Staaten.

Eine Herausforderung ist der demografische Wandel auf jeden Fall, vor allem für diejenigen Regionen und Kommunen, die besonders stark vom demografischen Wandel betroffen sind. Was Burkart Lutz für das westlich-kapitalistische Wohlstandsmodell skizziert hat, lässt sich auf die regionale und lokale Politik übertragen: Wachstum, insbesondere Bevölkerungswachstum, ist die Grundlage politischen Handelns. Keine Bürgermeisterin, kein Bürgermeister möchte von Schrumpfung reden, das wäre politisch riskant. Und es gibt ganz konkrete politische Anreize: Die Schlüsselzuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Kommunen steigen, wenn auch die Bevölkerungszahl steigt. In Nordrhein-Westfalen – wie auch in anderen Bundesländern – gibt es sowohl schrumpfende als auch wachsende Regionen.

Zwar schrumpft die Bevölkerung in NRW, doch die Vergangenheit hat keinen eindeutigen Trend ergeben:¹ Die Analyse der Bevölkerungszahl in NRW seit den frühen 1960er Jahren (Abbildung 1) zeigt, dass der derzeitige Rückgang der Einwohnerzahlen nicht neu ist. Vielmehr gab es 1973 bereits einmal ein Bevölkerungsmaximum, in dessen Folge bis 1985 die Bevölkerungszahl zurückgegangen ist. Danach stieg die Bevölkerungszahl zum Teil sprunghaft bis zum nächsten Maximum im Jahr 2003 an. Seitdem sinkt die Zahl der Einwohner wieder.

1 Die folgenden Zahlen stammen aus Berechnungen der Forschungsgruppe Demografie c/o Frank Luschei, Universität Siegen.

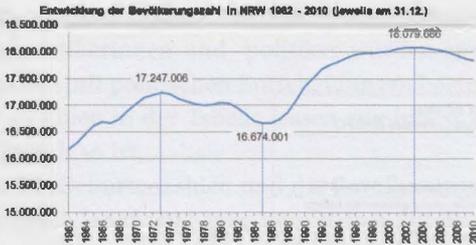


Abb. 1: Quelle: Forschungsgruppe Demografie c/o Frank Luschei, Universität Siegen 2011

Die fünf Kommunen, die im Vergleich zum gesamten Bundesland die ähnlichste Bevölkerungsentwicklung aufweisen, sind Bad Oeynhausen, Attendorn, Löhne, der Kreis Minden-Lübbecke und Halver. Hier wurden die Bevölkerungsmaxima ebenfalls um das Jahr 2003 erreicht, mit ähnlichen ansteigenden Kurven bis zu diesem Zeitpunkt. Allerdings gibt es auch eine Reihe von Kommunen, die eine vollkommen entgegengesetzte Entwicklung durchlaufen haben und von der Landesentwicklung abweichen. Dies sind Gelsenkirchen, Essen, Duisburg, Herne und Altena. Diese Kommunen schrumpfen deutlich seit 1962.

Die Unterschiede sind teilweise beträchtlich: Während in der am stärksten wachsenden Gemeinde Saerbeck im Kreis Steinfurt die Bevölkerung um rund 14 Prozent zugenommen hat, ist in dem gleichen Zeitraum die Bevölkerungszahl in Altena um rund 18 Prozent gesunken. Zwischen diesen beiden Extremen liegen die anderen Kommunen in NRW.

Es sieht nicht danach aus, dass diese Unterschiede geringer werden. Prognosen für die nächsten zehn Jahre sehen auch bei kleineren Gemeinden teilweise gegensätzliche Entwicklungen voraus. Lügde, Herscheid und Wülfrath müssen mit einem Bevölkerungsrückgang um zehn Prozent rechnen, während für Kranenburg und Schöppingen ein außerordentlich hoher Zuwachs von zwanzig Prozent vorausgesagt wird. In kleineren Kommunen gibt es grundsätzlich mehr Veränderungen als in den Städten. Lokale Besonderheiten schlagen hier deutlich zu Buche.

Ein Blick auf die Geburtenzahlen zeigt noch dramatischere Unterschiede. Zwischen 2000 und 2010 sind die Geburtenzahlen in der kreisfreien Stadt Düsseldorf um 13 Prozent gestiegen und in Monschau um 58 Prozent zurückgegangen.

Aber auch zwischen den kleineren Gemeinden gibt es erhebliche Unterschiede. Die Gemeinde Laer im Kreis Steinfurt hat in diesem Zeitraum die höchste durchschnittliche Geburtenziffer. Selfkant im Kreis Heinsberg hingegen weist die niedrigste Geburtenziffer auf. Im Jahr 2010 hatte Laer mit 2,18 die höchste und Monschau mit 0,92 die niedrigste Geburtenziffer in NRW. Abbildung 2 veranschaulicht, wie unterschiedlich die demografischen Entwicklungen

in NRW sind. Entsprechend unterschiedliche politische Strategien müsste es eigentlich in den Kommunen geben.

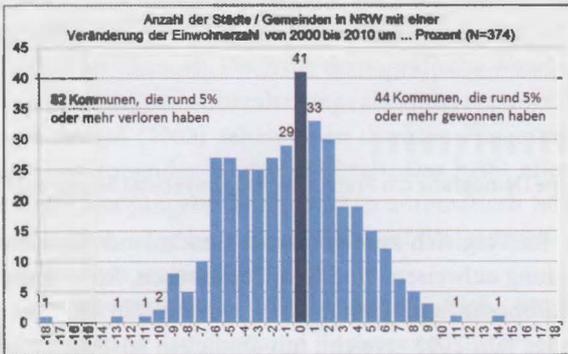


Abb. 2: Quelle: Forschungsgruppe Demografie c/o Frank Luschei, Universität Siegen 2011

Die beiden Extrempunkte dieser Entwicklung sind Altena, dessen Bevölkerung um 17,73 Prozent zurückgegangen ist, und Saerbeck mit einem Plus von 14,42 Prozent. Wie sieht die Situation in Südwestfalen aus? Das Beispiel des Kreises Siegen-Wittgenstein zeigt, dass die meisten Kommunen hier deutlich mehr Einwohner verlieren als im NRW-Durchschnitt; bei den Geburtenraten gibt es dramatische Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen, wie Abbildung 3 zeigt.

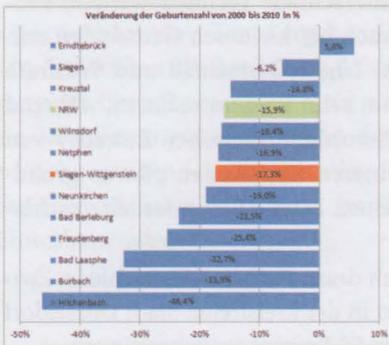


Abb. 3: Quelle: Forschungsgruppe Demografie c/o Frank Luschei, Universität Siegen 2011²

Da die Sozialstruktur der einzelnen Kommunen nicht signifikant unterschiedlich ist, deutet vieles darauf hin, dass die lokale Politik durchaus einen

2 Die positive Veränderungszahl von Erndebrück resultiert daraus, dass Erndebrück im Jahr 2000 einen Einbruch der Geburtenzahl zu verzeichnen hatte und deshalb die Vergleichszahl im Jahr 2010 größer ist. Der in den anderen Kommunen beobachtbare Trend abnehmbarer Geburtenzahlen gilt grundsätzlich auch für Erndebrück.

Unterschied macht. Ob politisch erwünscht oder nicht, die meisten Kommunalpolitikerinnen und -politiker würden es weit von sich weisen, die Geburtenrate mit politischen Entscheidungen beeinflussen zu wollen und zu können. Die Zahlen in der Tabelle lassen zumindest Zweifel daran aufkommen, ob das wirklich so ist.

Die Geburtenzahlen und die Bevölkerungsstruktur in einer Kommune können sich langfristig ganz unmittelbar auf die Erfüllung ihrer Aufgaben auswirken. Das zeigt das Beispiel der Feuerwehren. Brandschutz ist eine kommunale Pflichtaufgabe, wird aber in den meisten Kreisen und Kommunen in Deutschland von ehrenamtlichen, freiwilligen Feuerwehren übernommen. Nur die größeren Städte verfügen über eine eigene Berufsfeuerwehr. Ob die Kommunen diese Pflichtaufgabe in Zukunft erfüllen können, hängt auch vom potenziellen Nachwuchs ab. Doch hier sieht es rein statistisch sehr düster aus, wie Abbildung 4 zeigt.

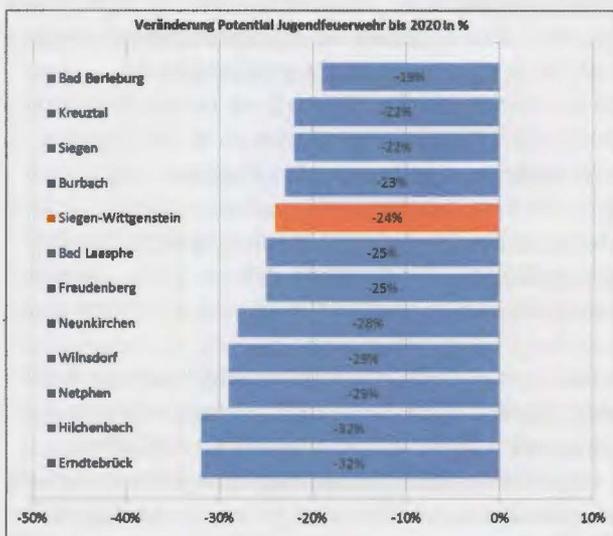


Abb. 4: Quelle: Forschungsgruppe Demografie c/o Frank Luschei, Universität Siegen 2011

Dies ist nur ein Beispiel, an dem sich illustrieren lässt, wie sozialer Wandel auch die politische Handlungsfähigkeit und kommunale Daseinsvorsorge beeinflusst. Was bedeuten die demografischen Entwicklungen insgesamt für die regionale Entwicklung? Welche Rahmenbedingungen bestimmen das politische Handeln? In der Region Südwestfalen wird der Fachkräftemangel als zentrale Herausforderung des demografischen Wandels diskutiert. Doch diese Sichtweise ist viel zu eng und teilweise auch irreführend, wie die folgenden Abschnitte zeigen sollen.

Die Rahmenbedingungen in ländlichen Regionen

Südwestfalen ist eine im Ganzen eher ländlich strukturierte Region. In solchen Regionen sind die Rahmenbedingungen demografischer Entwicklung anders als in verdichteten, städtischen Regionen. Daher sind hier insbesondere die folgenden Phänomene zu beobachten:

- Berufspendeln: Menschen leben nicht unbedingt dort, wo sie arbeiten. Je höher qualifiziert, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass gerade in ländlichen Regionen die Menschen aus den Städten einpendeln. Umgekehrt pendeln Menschen aus wirtschaftsschwachen, peripheren Regionen zu Arbeitsplätzen in die Städte. Der Neubau von Verkehrskreuzen und Straßen führt im Übrigen nicht automatisch dazu, dass mehr Menschen in die Region ziehen. Genauso gut können mehr Menschen einpendeln, weil der Anreiz geringer ist, vor Ort zu wohnen.
- Distanzen: Gut erreichbare Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Verkehr) ist ein Standortvorteil. In ländlichen Regionen ist die Dichte jedoch deutlich geringer und der öffentliche Personennahverkehr problematischer.
- Fachkräfte: Angesichts des demografischen Wandels wächst die Konkurrenz um gut ausgebildete Fachkräfte. Vorausgesagt werden nicht nur Engpässe in bestimmten Branchen, sondern auch in bestimmten Regionen.
- Soziale Dienstleistungen: Größere Distanzen und gegebenenfalls die stärkere Alterung der Bevölkerung stellen besondere Anforderungen an die Infrastruktur sozialer Dienstleistungen. Erschwerend kommt hinzu, dass der größte Fachkräftemangel in diesem Segment auftreten wird, nicht etwa in der Industrie.
- Migration: Rein quantitativ konzentriert sich Migration meist auf die Städte. Doch auch in ländlichen Regionen gibt es Migrationsbewegungen, und die Voraussetzungen für Integration sind tendenziell besser als in Städten.
- Lebensstandard: Das infrastrukturelle Angebot mag in Städten tendenziell besser sein, doch die Lebenshaltungskosten sind höher. In ländlichen Regionen kann die Kaufkraft steigen.
- Natur: Die Natur als Freizeitwert hat in ländlichen Regionen eine höhere Bedeutung. In beschleunigten Wirtschaftsgesellschaften ist dies ein Pluspunkt.
- Internet: Unternehmen wie Privatpersonen betrachten schnelle Internet-Anschlüsse als Grundversorgung. Leitungsengpässe können zu einem massiven Standortnachteil werden.
- Dienstleistungsgesellschaft: Neben der Landwirtschaft prägen vor allem Industrie und Gewerbe die ländlichen Räume. Dienstleistungen sind unterentwickelt, abgesehen vom wichtigen Bereich sozialer Dienstleistungen.

- **Energie:** Ländliche Regionen können eher als Städte ihre eigene Energie erzeugen, wenn dezentrale Netze aufgespannt werden. Städte verbrauchen immer mehr Energie, als sie selbst erzeugen können.

Dies sind einige Rahmenbedingungen, die auch in der Region Südwestfalen zu beobachten sind. Wissenschaftler müssen jedoch aufpassen, dass sie nicht Klischees und Stereotypen bestätigen, die sie doch eher analysieren sollen. Beispielsweise gibt es nicht pauschal schrumpfende ländliche Räume und wachsende Städte, wie die oben erwähnten Zahlen zeigen.

Auch sind im Verhältnis zur Bevölkerung in den ländlichen Regionen häufig mehr globalisierte Unternehmen aktiv als in Städten, in denen viele Unternehmen für die Menschen vor Ort produzieren. Die Unternehmensstruktur ist im Übrigen nicht nur ökonomisch relevant: Oftmals wird Unternehmen in ländlichen Regionen eine stärkere Standorttreue nachgesagt. Das hat nicht nur Auswirkungen auf Wirtschaftskraft und Arbeitsmarkt. Es beeinflusst auch den Politikstil vor Ort, prägt das Sozialkapital in Vereinen, Verbänden und Netzwerken und trägt zur Identitätsbildung bei.

Besonderheiten der Region Südwestfalen

Ökonomisch und politisch gibt es mehrere Besonderheiten in der Region Südwestfalen. Wie mit demografischen Entwicklungen umgegangen wird, hängt auch von ihnen ab. In der Region sind viele mittelständische Unternehmen beheimatet, die weltweit aktiv und teilweise Marktführer sind. Das Klima zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ist konstruktiv und kooperativ; das hat zuletzt die Finanzkrise bestätigt, in der sich alle Seiten schnell auf Kurzarbeit einigen konnten. IG Metall und Arbeitgeber hatten sich sogar auf eine Art internes Verleihsystem von Facharbeitern verständigt.

Dieses vordergründig kooperative Klima ist keine schlechte Voraussetzung, um demografische Herausforderungen anzunehmen. Allerdings sind die wichtigsten Akteure in diesem Feld vor allem auf wirtschaftliche Aspekte wie die Alterung von Belegschaften oder den Fachkräftemangel konzentriert. Doch gerade in Südwestfalen liegt der Schlüssel zur Gestaltung des demografischen Wandels nicht in der Wirtschaft, wie weiter unten noch diskutiert werden soll.

Auffällig ist, dass die meisten Gemeinden zu einem Kreis gehören. Für kommunale und regionale Demografie-Arbeit macht die Kreisangehörigkeit einen Unterschied: Die Ressourcen der Gemeinden sind meistens zu gering, doch die Kreisverwaltung ist wiederum zu weit weg von den lokalen Besonderheiten.

In der öffentlichen Debatte in Südwestfalen gibt es ein demografisches

Thema, das die Region neben der Frage neuer Gewerbegebiete und Verkehrsknotenpunkte zu beherrschen scheint: der Fachkräftemangel. In dieser Diskussion werden mal explizit, mal implizit einige vermeintliche Nachteile der Region angesprochen:

- Die Hochschulen der Region bilden zu wenig (für die Region) aus;
- Qualifizierte wandern aus der Region in andere, attraktivere und städtische Regionen ab;
- Kinderbetreuungsangebote sind nicht ausreichend.

Hier ist nicht der Platz, um diese Diskussion ausführlich zu würdigen. Ohne jeden Zweifel sind qualifizierte Fachkräfte für die Region Südwestfalen ein enorm wichtiger Faktor. Allerdings hängen nicht alle Ursachen des prognostizierten Mangels unmittelbar mit demografischem Wandel zusammen. Vor allem aber stellen sich noch eine Reihe ganz anderer Herausforderungen, die in einer auf Fachkräfte verengten Diskussion unterbelichtet bleiben. Stellvertretend für andere Themen soll hier ein Bereich besonders hervorgehoben werden: das Angebot und die Infrastruktur an sozialen Dienstleistungen.

Fachkräftemangel im Sozialsektor: die verdrängte Diskussion

Soziale Dienstleistungen sind eine wachsende und beschäftigungsintensive Branche. Die Lebensqualität in einer Region hängt auch stark von dieser Infrastruktur ab und damit auch die Attraktivität von Kommunen und Regionen. In der üblichen Standort-Diskussion wird dieser Aspekt häufig vernachlässigt.

Soziale Dienstleistungen prägen den Gesundheitssektor, die Altenhilfe, die Kinder- und Jugendhilfe und die Behindertenhilfe. Im Prinzip könnte man auch das Bildungssystem dazu zählen, doch wird es meist separat betrachtet.

Warum sind soziale Dienstleistungen für eine Region wie Südwestfalen wichtig? Wie auch in anderen vergleichbaren Regionen ist der Sozial- und Gesundheitssektor ein wichtiger Arbeitgeber. Nicht in der Industrie, sondern in diesem Segment existieren in der Regel die meisten Arbeitsplätze. Die Caritas ist nach dem Staat der größte Arbeitgeber in Deutschland.

Wissenschaftler des *Club of Rome* haben schon in den 1990er Jahren den Gesundheitssektor als die wichtigste Wachstumsbranche des 21. Jahrhunderts bezeichnet (vgl. Nefiodow 1996). Diese Dynamik hat auch etwas mit dem demografischen Wandel zu tun: Mehr ältere Menschen werden wahrscheinlich pflegebedürftig werden; zugleich bleiben mehr Menschen bis ins hohe Alter fit, wenn die gesundheitliche Versorgung stimmt. Der medizinisch-technische Fortschritt bereitet außerdem den Weg für neue Behandlungsmethoden und Versorgungskonzepte. Behinderte Menschen können autonom leben und ar-

beiten als früher, auch wenn es nach wie vor einen Konflikt zwischen verschiedenen Konzepten und Interessen in der Behindertenhilfe gibt.

Es geht aber nicht nur um Gesundheit und Pflege. Die Kinder- und Jugendhilfe hat sowohl in schrumpfenden als auch in wachsenden Gemeinden eine entscheidende Funktion. Sozialen Dienstleistungen ist gemeinsam, dass es zwei zentrale Engpässe gibt: Finanzierung und Fachkräfte.

Was die Fachkräfte angeht, so existiert hier der größte Mangel, nicht in der Industrie (vgl. Hansen 2008). Bereits jetzt gibt es viel zu wenig qualifizierte Altenpflegerinnen und Altenpfleger, und auch die Personaldecke im Gesundheitssystem ist dünn. Vor besonderen Herausforderungen stehen vor allem diejenigen Regionen, in denen sich die Infrastruktur nicht an einem Ort konzentriert.

Genau dies ist in Südwestfalen der Fall. Mangels empirischer Studien lässt sich nur vermuten, dass es hier auch viele »graue« Pflegekräfte gibt, die fast rund um die Uhr Pflegebedürftige unterstützen. Arbeitsmigration »löst« hier ein spezielles Problem der sozialen Infrastruktur in ländlichen Räumen. In den Städten ist das Phänomen ebenfalls bekannt, weil die Pflegeversicherung eben nur einen Teil der Leistungen abdeckt.

In ländlichen Regionen fehlen aber auch in der Regel bestimmte Angebote wie etwa Kurzzeitpflege. Damit können Angehörige entlastet werden, die zuhause pflegen. Die Fachärzte-Dichte ist geringer, und die hausärztliche Versorgung ist inzwischen zum Zankapfel der Gesundheitspolitik geworden.

Ländliche Regionen haben hier eine Vorreiter-Rolle, die professionstheoretisch wie professionspolitisch von großer Bedeutung ist. Denn angesichts des demografischen Wandels und erschwelter Erreichbarkeit von Ärzten müssten mehr medizinische Leistungen von nicht-medizinischem Personal übernommen werden dürfen. Dies ist nicht nur eine bundespolitische Angelegenheit.

Zwar muss der Gemeinsame Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen prinzipiell festlegen, welche medizinischen Tätigkeiten auch von anderen Heilberufen übernommen werden können. Aber es gibt auch regionale Experimente wie etwa im Land Brandenburg. Dort hatten Ärzteorganisationen, Krankenkassen und Verwaltungen vereinbart, in mehreren Modellprojekten Krankenschwestern einen Großteil der pflegerischen und gesundheitlichen Versorgung in dünn besiedelten Regionen zu übertragen (vgl. Büscher / Horn 2010). Solche Projekte sind das Ergebnis politischer Verhandlungen und politischer Kompromisse, an denen auch lokale und regionale Akteure beteiligt sind.

In der gesundheitlichen Versorgung wie in vielen anderen Bereichen können Kommunen auch mit knappen Ressourcen gestalten. Dazu bedarf es allerdings einer systematischen Analyse der demografischen Herausforderungen und den Willen, politische Prioritäten auf Basis dieser Erkenntnisse zu setzen.

Standortpflege anders gedacht? Chancen und Grenzen kommunalen Demografie-Managements in Südwestfalen

Kommunen können dezentrale gesundheitliche Versorgungsstrukturen fördern, Mobilität durch Bürgerbusse oder ähnliches erleichtern, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern, neue Wohnprojekte fördern. Verwaltung und Politik können auch überlegen, welche Rückschlüsse sie aus demografischen Veränderungen ziehen und welche Prioritäten sie bei Instrumenten setzen wollen. Mit anderen Worten: Eine Art kommunales »Demografie-Management« ist denkbar. Bislang jedoch steht auch in Südwestfalen eine Maßnahme stets oben auf der Prioritätenliste: die Ausweisung neuer Baugebiete. Diese Maßnahme stellt eine Standardreaktion auf den demografischen Wandel dar. Auch wenn belastbare wissenschaftliche Beweise bislang noch fehlen: Vieles deutet darauf hin, dass dieses Instrument untauglich ist, um Bevölkerungsschwund zu stoppen. Denn in der Regel ziehen die Familien nur innerhalb des gleichen Ortes um. Solche Wirkungsanalysen sind jedoch Mangelware in den meisten Kommunen, weil Ressourcen oder Kompetenzen fehlen oder weil sie politisch für überflüssig gehalten werden.

Demografie-Management ist theoretisch eine klassische Querschnittsaufgabe, wird aber selten als solche umgesetzt, wie das Beispiel der Baugebiete zeigt. Denn zuvor müsste man erst einmal analysieren, was die wesentlichen demografischen Trends sind und wie sie sich beeinflussen lassen.

Das Siegerland sowie andere Teile Südwestfalens scheinen sich von der allgemeinen demografischen Entwicklung in NRW abgekoppelt zu haben, da die Bevölkerung deutlich schrumpft. Gleichzeitig sind Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung überdurchschnittlich. Die gute wirtschaftliche Lage scheint die Demografie nicht positiv zu beeinflussen. Und dieser Trend hält schon seit längerem an.

Für die Anforderungen an ein Demografie-Management in der Region und in den Kommunen lassen sich daraus einige Schlussfolgerungen ziehen. Die Fixierung auf die Fachkräftediskussion verhindert, dass sich die Kommunen mit den komplexen Herausforderungen des demografischen Wandels auseinandersetzen. Der Fachkräftebedarf hingegen ist schon jetzt akut, dagegen wirken die anderen demografischen Aspekte und Herausforderungen weit weg.

Hier zeigt sich die Achillesferse der Demografie-Politik in Demokratien: Positive wie negative demografische Effekte scheinen oftmals unabhängig von politischen Entscheidungen zu sein, und sie treten oftmals erst langfristig auf. Eine Straße oder ein Baugebiet sind sichtbar, bringen kurzfristig einen Nutzen und sie helfen der Politik, sich zu legitimieren. Dagegen ist es nicht einfach, den Nutzen von Demografie-Arbeit nachzuweisen. Es ist daher auch ein Auftrag an

die Wissenschaft, die wirtschaftliche wie soziale »Rendite« von Demografie-Management nachzuweisen.

Doch alleine die unterschiedlichen demografischen Trends vor Ort müssten eigentlich ganz oben auf der Agenda der jeweiligen Kommunen stehen. Das scheitert aber häufig daran, dass Demografie als »Querschnittsthema« delegiert wird und nicht zentrales Anliegen aller Ressorts ist. Außerdem macht es auch der demografische Wandel notwendig, politische Prioritäten zu setzen. Stattdessen wird vielerorts darauf verwiesen, dass fast jede Aktivität in der Kommune »demografierelevant« sei. Strategien im Umgang mit dem demografischen Wandel sind eher Mangelware.

Woran es nicht mangelt, sind Daten zum demografischen Wandel. Die Kommunen können von IT.NRW, dem vormaligen statistischen Landesamt, über die kommunale Datenzentrale oder Daten der Bertelsmann Stiftung die verschiedensten Quellen anzapfen, neben ihren eigenen. Aus verfügbaren Daten müssen jedoch Schlussfolgerungen gezogen werden. Und dazu mangelt es in vielen Kommunen an Kompetenzen, wie Daten für die eigenen Zwecke aufzubereiten und zu interpretieren sind. Ohne solche Kompetenzen bleibt unklar, welche Informationen die Kommunen genau benötigen, um Infrastrukturplanung, Gesundheitsversorgung oder andere Bereiche demografiesensibel zu behandeln.

Die meisten Kommunen in Südwestfalen sind eher klein. Ihnen fehlen häufig Ressourcen und Kompetenzen für Demografie-Management. Und es gibt ganz praktische Probleme: Selbst innerhalb der gleichen Verwaltung nutzen Abteilungen häufig unterschiedliche Software und Datenprogramme, so dass es gar keine Basis für eine systematische Analyse gibt. Auch fällt es vielen schwer, mit den Daten der kommunalen Datenzentrale zu arbeiten, die genauso zur Verfügung stehen wie die Informationen von IT.NRW.

Doch das eigentliche Problem liegt bei der Politik. Nur wenn Ratsfraktionen und kommunale Spitze bereit sind, sich von den Gemeinplätzen der Demografie-Diskussion zu verabschieden und stattdessen ihre lokale Situation analysieren, um anschließend politische Prioritäten zu verhandeln, ist kommunales Demografie-Management möglich. Dazu bedarf es allerdings der Bereitschaft, langfristige Prozesse in Gang zu setzen, für die man möglicherweise wenig Anerkennung bekommt.

Die Region Südwestfalen ist in gewisser Weise noch eher ein Labor für demografischen Wandel als das Ruhrgebiet. Im Ruhrgebiet altern die Städte schneller als im Rest des Landes, und die nach wie vor schwierige Wirtschaftslage facht diesen Trend an. In Südwestfalen sind die demografischen Trends ähnlich, jedoch sieht die Wirtschaftsbilanz wesentlich besser aus. Zugleich jedoch ist Südwestfalen viel stärker ländlich geprägt.

Die demografische Entwicklung wird sich daher nicht im gleichen Maße

auswirken wie im Ruhrgebiet. Zum Einen lässt sich eine schrumpfende und alternde Gesellschaft positiv für alle gestalten, wenn produktive Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Dafür sind die Voraussetzungen in Südwestfalen nach wie vor gut. Zum Anderen kann man gerade wegen der günstigen wirtschaftlichen Voraussetzungen erproben, auf welche weiteren Faktoren es ankommt, wenn Konsequenzen des demografischen Wandels abgefedert, Trends gestoppt oder sogar umgekehrt werden sollen. Bereits 2004 hat der Kreis Siegen-Wittgenstein die Initiative »Leben und Wohnen im Alter« gestartet, die bundesweit Beachtung gefunden hat.

Eine besondere Herausforderung liegt in der spezifischen Wirtschaftsstruktur in Südwestfalen. Die Dominanz des Produktionsgewerbes ist ein Grund dafür, dass die Frauenerwerbsquote relativ niedrig ist; dafür müsste der Dienstleistungsbereich noch stärker wachsen. Hinzu kommt, dass für eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen noch verbessert werden müsste. Hierin liegt jedoch ein zusätzliches Potenzial für die demografische Entwicklung Südwestfalens.

Ähnliches gilt für das Thema Migration. Es klingt zynisch, aber die verschärfte Wirtschaftskrise in Südosteuropa motiviert viele gut qualifizierte Menschen, auch in Deutschland nach besseren Beschäftigungschancen zu suchen. Wirtschaftlich starke Regionen wie Südwestfalen haben hier durchaus Vorteile. Kommunen wie Hilchenbach haben außerdem Ansätze entwickelt, wie eine neue Form der Willkommenskultur für Migrantinnen und Migranten geschaffen werden kann.

Allerdings lehrt die bisherige Erfahrung mit Arbeitsmigration und Migrationspolitik in Deutschland, dass ein wirklich überzeugendes Konzept fehlt. Die »Anwerbung« von Fachkräften ist eine vielschichtige Angelegenheit. Das liegt nicht nur an gesetzlichen Rahmenbedingungen. Deutschland insgesamt und wirtschaftsstarke Regionen wie Südwestfalen im Besonderen mögen momentan eine besondere Anziehungskraft haben. Doch Arbeitsmigration ist keine rein ökonomische Angelegenheit. Den Menschen und ihren Familien müssen Perspektiven vermittelt und Kontakt-Netzwerke geknüpft werden; die ernüchternden Erfahrungen mit der Blue-Card-Initiative der Bundesregierung lehren, dass wichtige Faktoren wie fehlende Communities, Sprachprobleme und kulturelle Barrieren ausgeblendet werden, die ein solches Projekt zum Scheitern verurteilen.

Kommunales und regionales Demografie-Management kann dabei helfen, nicht in die Falle solcher eindimensionalen Maßnahmen zu tappen. Mit der Zukunftsinitiative Siegen-Wittgenstein 2020 und anderen Konzepten gibt es bereits strategische Ansätze in Südwestfalen. Sie alle werfen ein Licht darauf, dass das »Fachkräfteproblem« nur ein Teilaspekt ist; wie stark die aktuelle und

künftige Knappheit an Fachkräften wirklich mit dem demografischen Wandel zusammenhängt, ist im Übrigen eine offene Frage.

Die entscheidende Frage richtet sich darauf, was eine schrumpfende und alternde Bevölkerung bedeutet, wie Mobilität und Lebensqualität gesichert und schlummernde Erwerbspotenziale geweckt werden können. Demografie-Management ist keine primär ökonomische Aufgabe. Es ist eine politische Herausforderung, auch in Südwestfalen.

Literatur

- Büscher, Andreas / Horn, Annett: Bestandsaufnahme zur Situation in der ambulanten Pflege. Ergebnisse einer Expertenbefragung. Bielefeld 2010.
- Hansen, Robert: Herrscht ein Pflegenotstand? Zürich 2008.
- Kaufmann, Franz-Xaver: Schrumpfende Gesellschaft: vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 508. Bonn 2005.
- Lutz, Burkart: Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main / New York 1984.
- Miegel, Meinhard: Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen. Berlin 2002.
- Nefiodow, Leo A.: Der sechste Kondratieff. Wege zur Produktivität und Vollbeschäftigung im Zeitalter der Information. Sankt Augustin 1996.